

Antrag

**der Abgeordneten Richard Seelmaecker, Dr. Anke Frieling, David Erkalp,
Silke Seif, Stephan Gamm (CDU) und Fraktion**

zu Drs. 22/3225

Betr.: Bahnen und Busse als Rückgrat der Mobilität stärken – Einstieg in 365-Euro-Ticket durch schrittweise Einführung als Pilotprojekt wagen, Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel wieder attraktiver machen!

Bis zum Frühjahr 2020 nutzten rund 2,5 Millionen Menschen täglich die Busse, Bahnen und Fähren in Hamburg. Und selbst nach dem pandemiebedingten Rückgang der Fahrgastzahlen sind und bleiben die öffentlichen Verkehrsmittel das Rückgrat der Mobilität in Hamburg und der Metropolregion.

Unser mittelfristiges Ziel sind weiterhin Fahrgastzuwachsrate von jährlich 2 Prozent und mehr. Um das zu erreichen, wollen wir als CDU die Busse und Bahnen im ersten Schritt für Schüler, Azubis, Praktikanten, Senioren sowie bewegungseingeschränkte Personen preislich deutlich attraktiver machen und ein 365-Euro-Ticket in einem vorerst auf zwei Jahre zeitlich begrenzten Pilotprojekt erproben. Dadurch werden vor allem Familien mit Kindern und Senioren entlastet und es wird der Anreiz gesetzt, wieder regelmäßig Busse und Bahnen in und um Hamburg zu nutzen. Darüber hinaus wollen wir den Menschen ein attraktives Angebot unterbreiten, die ihr Auto abmelden und dadurch einen positiven Beitrag für den Klimaschutz und für weniger Staus in Hamburg leisten. Das kommt am Ende allen Hamburgern zugute.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft anstatt des Petitums aus Drs. 22/3225 Folgendes beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. nach Abstimmung mit den Genehmigungsbehörden der beteiligten Bundesländer Niedersachsen und Schleswig-Holstein zum 1. September 2021 ein Pilotprojekt zu starten, in dem in einer vorerst auf zwei Jahre befristeten Projektphase folgenden Personengruppen der Bezug eines stark vergünstigten 365-Euro-Tickets für den HVV-Gesamtbereich ermöglicht wird: Schüler, Praktikanten, Azubis, Senioren, Menschen mit Bewegungseinschränkungen. Dieses Angebot soll zudem für Personen gelten, die ihr eigenes Auto zugunsten öffentlicher Verkehrsmittel abmelden;
2. der Bürgerschaft im 1. Quartal 2023 einen Evaluationsbericht über die Projektphase sowie die bis dahin vorliegenden Projektergebnisse vorzulegen.